



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2016
Kantonsratspräsident Franz Wüest

P 119 Postulat Budmiger Marcel und Mit. über die Verhinderung eines Reputationsschadens: genügend Mittel für unsere Hochschule / Eröffnet am: 14.03.2016 Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Marcel Budmiger hält an seinem Postulat fest.

Susanne Truttman-Hauri tritt als Mitglied des Fachhochschulrates in den Ausstand.

Marcel Budmiger: Die ablehnende Haltung des Regierungsrates erstaunt mich. Das Postulat fordert, dass der Hochschule Luzern genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihren Leistungsauftrag erfüllen kann. Weiter sollen wegfallende Bundesbeiträge kompensiert und es soll auf Lohnkürzungen und höhere Studiengebühren verzichtet werden. Es ist schon länger bekannt, dass die bürgerliche Finanzpolitik Lohnkürzungen und höhere Studiengebühren unterstützt. Ich verstehe aber nicht, warum sich der Regierungsrat nicht einmal zu einer teilweisen Erheblicherklärung meines Postulats durchringen kann. Zwar werden Leistungsverträge verhandelt, die entsprechenden Finanzen zur Erfüllung aber nicht gesprochen. Gleichzeitig soll die Hochschule kostenneutral ausgebaut werden. Wenn aber Bund und Kanton ihre Beiträge kürzen, geht es nicht um Kostenneutralität, sondern es wird mehr Leistung verlangt trotz weniger Mittel. Die Hochschule Luzern weist aber bereits heute schweizweit die tiefsten Gemeinkosten und äusserst tiefe Ausbildungskosten pro Studierenden aus. Es geht nicht um einen Effizienzgewinn, sondern um einen Qualitätsabbau. Nach Meinung der SP-Fraktion müsste der Leistungsauftrag angepasst werden, leider nach unten. Der Urner Regierungsrat hat eine Anfrage zu diesem Thema behandelt und vertritt die Haltung, dass allenfalls der Leistungsauftrag angepasst werden muss, um die vorhandenen Mittel mit der verlangten Leistung in Einklang zu bringen. Die SP möchte vom Bildungs- und Kulturdirektor wissen, auf welche Leistungen inskünftig verzichtet werden soll. Die SP lehnt alle genannten Optionen ab.

Ali R. Celik: Die Grüne Fraktion unterstützt das Postulat. Aus der Begründung des Regierungsrates geht hervor, dass der Bund seine Beiträge an die Fachhochschulen kürzt und die Trägerkantone diese nicht kompensieren. Der Regierungsrat sieht anlässlich des Konsolidierungsprogrammes 2017 (KP17) weitere Kürzungen des Trägerschaftsbeitrages vor, und er will gleichzeitig die Studiengebühren erhöhen. Die Grüne Fraktion und die SP-Fraktion möchten, dass der Kanton der Hochschule Luzern genügend Mittel zur Verfügung stellt sowie die wegfallenden Bundesbeiträge kompensiert und dass er auf Lohnkürzungen und höhere Studiengebühren verzichtet. Damit der Kanton Luzern auch in Zukunft in der Schweizer Hochschullandschaft konkurrenzfähig bleibt und genügend Studierende anzieht, muss er genügend Mittel für die Hochschule und die Universität zur Verfügung stellen. Wir können deshalb nicht verstehen, dass der Regierungsrat das Postulat ablehnt, obwohl die Hochschule Luzern offensichtlich auf finanzielle Unterstützung

angewiesen ist.

Adrian Nussbaum: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Im Vorstoss wird erklärt, dass die Schuld nicht bei den Angestellten oder den Studierenden liegt, wenn weniger Mittel zur Verfügung stehen. Meiner Meinung nach kommt man mit Schuldzuweisungen nicht weiter. Das KP17 stellt eine grosse Herausforderung dar, darum ist es umso wichtiger, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten, in unseren Augen auch die Hochschule Luzern. Die Regierung zeigt in ihrer Begründung auf, dass die Hochschule Luzern trotz der schwierigen finanziellen Situation auch in Zukunft ihren Leistungsauftrag erfüllen kann.

Markus Baumann: Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Bedeutung und die Wichtigkeit der Hochschule Luzern für den Kanton Luzern, die Gesellschaft und die Wirtschaft sind unbestritten. Durch die verschiedenen Sparpakete, die Kürzung der Bundesbeiträge, das neue Hochschulförderungsgesetz und die Kürzung der Trägerschaftsbeiträge ist die Hochschule gefordert. Die Hochschule reagiert mit verschiedenen Massnahmen darauf. Wir sind überzeugt, dass Optimierungspotenzial vorhanden ist. Unserer Meinung nach soll darüber hinaus das vorgesehene Defizit so lange wie möglich und sinnvoll aus dem Eigenkapital gedeckt werden. Falls diese Massnahme nicht mehr ausreicht, muss der Leistungsauftrag entsprechend angepasst werden. Ohne adäquate Finanzmittel ist es der Hochschule Luzern kaum möglich, ihre bisher erfolgreiche Entwicklung fortzuführen.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Die Begründung der Regierung ist ausführlich und nachvollziehbar. Die finanzielle Situation der Zentralschweizer Geberkantone lässt keine weiteren Mehrausgaben zu. Zudem weist die Hochschule Luzern 2015 anstelle eines budgetierten Verlustes von 2,6 Millionen Franken einen Gewinn von 1,5 Millionen Franken aus. Die SVP ist immer der Meinung gewesen, dass die Finanzierung der Hochschule eine Herausforderung darstellen wird, wir haben aber immer noch das Vertrauen, dass die Hochschule Luzern auf Kurs ist und sie ihre Finanzen erfolgreich verwaltet. Es wäre falsch, von einem Reputationsschaden zu sprechen. Die geplanten Massnahmen sind unserer Meinung nach vertretbar und deshalb zu prüfen.

Gaudenz Zemp: Die Kosten der Hochschulen haben in der gesamten Schweiz ein sehr starkes Wachstum erlebt. Die Ausgaben sind indexiert schneller gewachsen als das Bruttoinlandprodukt. Wir haben also den tertiären Bereich über unsere Verhältnisse hinaus ausgebaut. In den kommenden vier Jahren ist schweizweit nochmals jährlich ein Wachstum von rund 4 Prozent vorgesehen gewesen. Dieses Vorhaben musste jedoch beim Bund und in allen Kantonen korrigiert werden, weil die Gelder dazu nicht ausreichen. Deshalb muss nun gehandelt werden, aber gerade die linke Seite steht vielen Massnahmen ablehnend gegenüber. So sind die Erhöhung von Studiengebühren, der Numerus clausus oder eine Aufhebung von Teilbereichen der Hochschulen Tabu. Deshalb sind alle Trägerkantone gezwungen, über das Globalbudget zu führen. Die Hochschule Luzern verfügt über ein Budget von rund 250 Millionen Franken. Im Vergleich zu anderen Hochschulen in der Schweiz ist sie gut geführt und weist in den Gemeinkosten einen tiefen Benchmark aus. Trotzdem soll die Hochschule Luzern jährlich 3 bis 5 Millionen Franken sparen, was ungefähr 1 Prozent des Umsatzes entspricht. Das ist äusserst unangenehm, lässt sich aber nicht verhindern. Die Konkurrenz in den anderen Kantonen ist mit denselben Massnahmen konfrontiert, deshalb bleibt an der Hochschule Luzern kein Reputationsschaden haften. Die Qualität der Lehre wird weiterhin gewährleistet sein.

David Roth: Nach meinem Verständnis besitzt die Linke keine Mehrheit in diesem Rat. Deshalb ist es mir schleierhaft, wie genau wir die vorliegenden Ideen blockieren sollten. Ich möchte vom Regierungsrat wissen, in welchen konkreten Bereichen der Hochschule Abstriche vorgenommen werden können, denn Kürzungen sind nicht ohne eine Reduktion der Leistungen möglich.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Leistungsaufträge der Fachhochschule sind ein Produkt aus der Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule und den Konkordatskantonen. Entsprechend werden sie auch verabschiedet. Es ist tatsächlich unbefriedigend, dass man

heute noch nicht weiss, wie gross die Reduktion des Bundesbeitrages im kommenden Jahr sein wird. Dadurch wird die Planung der Fachhochschule erschwert. Es trifft aber alle Fachhochschulen gesamtschweizerisch in gleichem Mass. Eine flächendeckende Erhöhung der Studiengebühren über alle Hochschulbereiche ist nicht vorgesehen. Wir orten aber Bereiche, in denen im Vergleich mit der übrigen Schweiz ein gewisses Anpassungspotenzial vorliegt. Wir wissen, dass es sich dabei um ein sensibles Vorgehen handelt und werden entsprechend handeln. Wir haben gemeinsam mit der Hochschule verschiedene Bereiche mit einem Einsparungspotenzial geortet. Wir halten uns aber auch an die klare Aufgabenteilung, strategisches Gremium der Fachhochschule ist der Fachhochschulrat und nicht der Konkordatsrat, wir verweigern uns aber auch keiner Diskussion. Letztendlich müssen wir in allen Bildungsbereichen die Kosten überprüfen, davon kann auch die Fachhochschule nicht ausgenommen werden.

Der Rat lehnt das Postulat mit 89 zu 21 Stimmen ab.